

Sechstes Kapitel

Die Situation in der letzten Phase der „Schutzzone“ (Ende 2002 – Anfang 2003)

1. Die politische Lage

„Es ist das erste Mal seit über hundert Jahren, dass die Kurden sich selbst regieren dürfen“, sagt Kendal Nezan (der Vorsitzende des „Institut Kurde de Paris“). [...] *Es ist nicht mein Idealbild eines freien Kurdistan, es ist nicht mit Westeuropa vergleichbar, aber es herrscht mehr politische Freiheit als in den Nachbarländern.*“¹

Bezüglich der politischen Freiheit und der Minderheitenrechte ist die Situation in dieser Region – besonders seit 1998, nach Aussagen vieler Beobachter, viel besser als in allen Nachbarstaaten. Ausländische Besucher spüren den Unterschied: Keine Geheimpolizisten an jeder Straßenecke wie in Damaskus, keine ständigen Begleiter (Spitzel) eines „Informationsministeriums“ wie in Bagdad, keine Panzer auf den Straßen wie in Diyarbakir und keine „Kleiderkontrolleure“ (Aufpasser) auf den öffentlichen Anlagen wie in Teheran. Es herrscht dennoch Unsicherheit, ständige Bedrohung und Abhängigkeit von den „Schutzmächten“ und von allen „Teilungsstaaten“ in der noch geteilten selbstverwalteten Region Kurdistan. Dazu kommt die andauernde politische und nationale Unterdrückung in dem dritten Teil bzw. in anderen Gebieten Irakisch-Kurdistan, die noch von der Baath-Regierung kontrolliert werden – und weder von der UNO noch von den „Schutzmächten“ geschützt werden.² Obwohl der UN-Generalsekretär einen UN-Sonderberichterstatter „*Special Rapporteur*“ (Max Van der Stoep) zur Beobachtung der Menschenrechte im Irak ernannt hatte, durfte er lediglich einmal (vom 3. – 9. Januar 1992) den Irak besuchen – sein Bericht bestätigte schwere Menschenrechtsverletzungen durch das Baath-Regime im Irak, besonders an Kurden.³ Verstöße gegen die UNO-Resolution 688 in dem vom irakischen Baath-Regime kontrollierten Gebiet (Verfolgung und Vertreibung der Kurden) werden – trotz bestätigter vergangener und andauernder massiver Menschenrechtsverletzungen – weiter geduldet. Deshalb ist weder die Unterdrückung der Kurden im Irak – entsprechend der UN-Resolution 688 – richtig beendet, noch das Flüchtlingsproblem in Irakisch-Kurdistan im Sinne der UN-Entscheidung gelöst worden.

Am 4. Oktober 2002 findet die langersehnte Sitzung des wiedervereinigten Regionalparlaments der Region Kurdistan im Beisein der beiden Kurdenführer Massoud Barzani und Jalal Talabani am Sitz des Parlaments in Arbil statt – gemäß der Friedensübereinkunft von Washington und auf der Basis des Wahlergebnisses vom Jahre 1992, d.h. 51 Parlamentssitze für die gelbe bzw. KDP- Fraktion, 49 Parlamentssitze für die grüne bzw. PUK/TPK-Fraktion und 5 Sitze für die Lila- bzw. Christen-Fraktion. Madame Mitterand steht an der Spitze der eingeladenen Gäste und sie nimmt den Sitz zwischen Barzani und Talabani ein. Der erste Gratulant dieses historischen Ereignisses ist der US-Außenminister Colin Powell, sein Telegramm wird vom Parlamentspräsidenten Roj Nuri Shawis vorgelesen. Dreiundzwanzig neue Parlamentarier (der grünen Fraktion) werden während dieser Sitzung vereidigt, weil achtzehn Mitglieder dieser Fraktion an diesem und dem vorigen Tag zurückgetreten sind, drei Parlamentarier gestorben und zwei andere ermordet worden waren.

Zuerst wird die „*Übereinkunft von Washington*“ vom Parlamentspräsidenten zur offenen Abstimmung gestellt. Die Übereinkunft wird von den Parlamentariern einstimmig als „Friedensabkommen“ angenommen. Barzani und Talabani erklären in kurzen Reden dem Gremium ihre uneingeschränkte Unterstützung und versprechen dem kurdischen Volk bzw. der

¹ amnesty international, Internet: http://www.amnesty.de/ai-Journal_02/2001.

² Siehe die Landkarte im Anhang 8.

³ Karim, 2001, S.11-12.

Bevölkerung Kurdistans die Fortsetzung des Prozesses des Friedens und der Demokratie. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am Ende der Parlamentsitzung betonen beide Politiker, dass sie keinen eigenen kurdischen Staat anstreben, damit wollen sie den Irak, aber auch die Nachbarstaaten – vor allen die Türkei – beruhigen. Die türkische Regierung und Presse sind dennoch sehr aufgeregt; der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit droht den Kurden im Irak erneut mit militärischer Intervention, falls sie es wagen, einen eigenen kurdischen Staat im Norden des Iraks zu gründen.¹ Die türkische Presse spricht von einer eigenen kurdischen Flagge in der Schutzzone. Diese kurdische Flagge existiert jedoch seit zwölf Jahren dort und ist kein Beweis für den eigenen Staat; jeder föderative Teilstaat hat sicherlich Anspruch auf eine eigene regionale Flagge.

Die KDP bzw. Massoud Barzani kritisiert die Drohungen der Türkei offen, warnt die türkische Regierung vor Konsequenzen irgendeiner „militärischen Aggression“ und erklärt die Bereitschaft der Kurden zur Selbstverteidigung und zu einem erbitterten Kampf, falls die türkische Armee Irakisch-Kurdistan angreifen würde.

Vier Tage später wird eine weitere Sitzung des „Interimsparlaments“ in Sulaimaniya abgehalten, entsprechend des Abkommens von Washington unter dem Vorsitz eines Mitgliedes der grünen Fraktion (Kamal Fouad). Dort wird die Fortsetzung des Friedens- und Demokratisierungsprozesses noch einmal von beiden Seiten bekräftigt.²

Auch die iranische Regierung wird wegen dieser positiven Entwicklung in der selbstverwalteten Region Kurdistans beunruhigt. Kurz danach besucht eine iranische Delegation hastig die Stadt Sulaimaniya – um mit der Führung der PUK über die Sache zu reden.

In dieser Zeit werden zwei Sprengstoffanschläge – offensichtlich von einer radikalen islamistischen Gruppe – am 11. Oktober 2002 in der Stadt Ranye verübt, um die Lage in Kurdistan zu destabilisieren.

Die kurdische Nationalbewegung in Irakisch-Kurdistan stellt endlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 ihre Konzeption für das angestrebte Ziel (Verfassungsentwürfe für einen demokratischen und föderalen irakischen Staat und für die föderative Region Kurdistan) – durch eine Initiative der KDP – zur Debatte.³ Die türkische Regierung protestiert sofort – vor der irakischen Regierung – dagegen und sie droht den Kurden im Irak deswegen wieder mit Gewaltanwendung. Die kurdische Nationalbewegung muss auch deshalb eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich ihrer Zielsetzungen betreiben.

Nach Konsultationen mit mehreren politischen Parteien Kurdistans wird am 7. November der „Verfassungsentwurf für die Region Irakisch-Kurdistan“ von dem Regionalparlament einstimmig angenommen bzw. gebilligt. Beide Verwaltungen oder „Regionalregierungen“ von Arbil und Sulaimaniya werden zudem vom Parlament in dieser Sitzung praktisch – vorübergehend bis zur Gründung einer gemeinsamen und vereinten Regionalregierung – anerkannt.

In dieser Zeit harmonisieren die Parteien KDP und PUK und beide kurdische Führer Barzani und Talabani ihre Außenpolitik gegenüber dem irakischen Regime, den Nachbarstaaten und den Schutzmächten (USA und Großbritannien) und der UNO.

Die Innenpolitik zwischen den beiden großen Parteien und deren Verwaltungen bezeichnet der berühmte kurdische Dichter in Diaspora Abdulla Pashew in dieser Zeit dennoch als „kalten Krieg“.⁴

Währenddessen intensiviert die US-Regierung ihre Anstrengungen zur Beseitigung „der Massenvernichtungswaffen“ bzw. des Regimes im Irak, und die amerikanischen Kriegsvorbereitungen werden seit der Verabschiedung der UN-Resolution 1441 Anfang

¹ „Al-Bayan“ vom 13.10.2002.

² „AZZAMAN“ vom 09. Oktober 2002.

³ Vgl. „AZZAMAN“ vom 28.06.2002 und „Khabat“ Nr.: 1089 vom 02.08.2002.

⁴ Fernsehinterview mit Pashew in *Kurdistan TV* am 13.12.2002 in Arbil.

November 2002 in vollem Gange getroffen. Trotzdem ist die politische Führung in der Schutzzone bzw. selbstverwalteten Region Kurdistans über den Ablauf der Sache von der US-Regierung noch nicht richtig informiert worden.

Im Falle eines US-amerikanischen Angriffes auf den Irak zum Sturz des irakischen Baath-Regimes sind die Aussichten für eine friedliche und dauerhafte Lösung der kurdischen Frage – zur Zeit – nicht durchsichtig.

Dazu äußern sich Barzani und Talabani am Ende einer Konferenz über die Zukunft der Kurden im Irak Ende November 2002 in Paris frustriert. Sie missbilligen einen veröffentlichten Plan in amerikanischen Zeitungen zur Einsetzung einer provisorischen amerikanischen militärischen Regierung im Irak, wenn Saddam Hussein gestürzt wird.

„*The Iraqis should rule themselves*“, sagt Massoud Barzani und fügt hinzu, „*We don't want to see any military rulers ruling Iraq, whether it is an Iraqi military dictator or a foreign military ruler.*“

We need everything to be clear and transparent, especially in the Post-Saddam era“, sagt Jalal Talabani.

„*Saddams government should be replaced by a democratic and federal system, of which Kurdistan would be a part*“, sagen die kurdischen Leader.¹

Der Status quo in der Region soll nach Ansicht einiger Autoren auch in Zukunft nicht angetastet werden, weil die Geographie Kurdistans und die politische Realität, wie sie sich in den vergangenen Jahrzehnten im Mittleren Osten entwickelt hat, nicht für einen unabhängigen kurdischen Staat sprechen.² Die heutige Geographie Kurdistans bzw. die derzeitige geostrategische Lage Irakisch-Kurdistans hat nach der bedrohlichen Zunahme des Einflusses der – extremistischen – Islamisten in der Region – besonders nach dem Terroranschlag vom 11. September in New York – jedoch ganz andere Bedeutung und ist für den Westen, insbesondere für die USA, außerordentlich wichtig. Und nach einem entscheidenden Krieg gegen das Baath-Regime im Irak würde mit großer Wahrscheinlichkeit nichts (auch nicht der Status quo) sakrosankt sein. Deshalb ist der Vorsitzende des kurdischen Institutes in Washington Najmaldin Karim in einem Vortrag auf der oben erwähnten internationalen Konferenz in Paris sehr optimistisch gewesen. Seiner Meinung nach würden sich die USA nach einem Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein im Irak für das Szenario entscheiden, das die Teilung des Iraks „in drei neue demokratische Nationalstaaten“ zur Folge haben sollte. Dazu sagt er in seinem Vortrag:

„Actually, this may not be such a bad idea or taboo, after all, even though it will first meet with vehement, albeit short-lived, opposition from all the regional powers, particularly Turkey.

But the fact remains that there is nothing sacrosanct about the nation-state of Iraq, and breaking it up will not be a great moral sin, nor will it go against the grain of history – consider the former Yugoslavia, the former Soviet Union, or the Ottoman Empire from which it was carved.

In fact, this scenario is in the best long-term interests of the US. There is no doubt that the Kurdish state so created will become the staunchest ally of the US and the western democracies in the region, and given its vast human, oil, water, and other natural resources it will soon become a model of prosperity and free market economics. [...] The Kurds need a friend and a protector, the US and the European countries should welcome a trustworthy ally, strategically located, and with huge untapped human and natural resources and potential.

¹ „*Kurdistan Observer*“ vom 01. Dezember 2002.

² Vgl. Ibrahim, 1991, S.148 und Metzger, 1996, S.11.

Thus, despite minor problems and resistance from regional powers, we believe that the US should take the leadership and opt for this scenario.”¹

Das Verhalten des amerikanischen Vertreters (Zalmay Khalilzad) auf der Konferenz der irakischen Opposition Mitte Dezember 2002 in London und die Äußerungen des US-amerikanischen Außenministers Colin Powell sowie des britischen Außenministers Jack Straw Anfang Januar 2003 bezüglich der Verhinderung der Teilung Iraks bestätigen die These bzw. Ansicht des Vorsitzenden des kurdischen Institutes in Washington jedoch nicht.² Im Gegenteil: Die – angebliche – amerikanisch-türkische Abmachung Ende Februar 2003 in Bezug auf einen gemeinsamen Einmarsch der amerikanischen und türkischen Truppen nach Irakisch-Kurdistan – im Falle eines dritten Golfkrieges – ist keinesfalls im Interesse der irakischen Kurden.³ Die Türken wollen damit mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie wollen ihre geschlagene Wirtschaft durch Milliarden Dollars von den USA als Gegenleistung der Kooperation in einem eventuellen Krieg gegen den Irak sanieren, ihren Einfluss in Irakisch-Kurdistan dadurch extrem verstärken, die Anhänger der Nachfolgeorganisation der PKK (KADEK) in Irakisch-Kurdistan dabei vernichten, die Entstehung auch eines kurdischen föderativen Teilstaates in Irakisch-Kurdistan mit Gewalt – an Ort und Stelle – verhindern und die turkmenische Minderheit bzw. die sogenannte „Turkmenische Front“ in Irakisch-Kurdistan für eigene Zwecke – als Handlanger bzw. Hindernis gegen die Kurden – im künftigen Irak ausnutzen.

Die Kurden machen sich nun große Sorgen wegen der ständigen türkischen Drohungen. Nach Angaben des früheren amerikanischen Diplomaten Peter Galbraith würde die Türkei in zwei Fällen militärisch in Irakisch-Kurdistan – während eines amerikanischen Angriffs auf den Irak – intervenieren: Falls die Kurden die Unabhängigkeit vom Irak erklären oder sich ihre Truppen Richtung Kirkuk bewegen würden.⁴

Der Stellvertreter des US-Verteidigungsministeriums, Paul Wolfowitz, warnt zwar die Türkei am 4. Dezember 2002 in einem Interview mit der Zeitung „*Hürriyet*“ vor jeglicher einseitigen Militäraktion gegen die Kurden, falls der Krieg gegen den Irak ausbräche, spricht jedoch vom „Schutz der türkischen Interessen im Nordirak“. Er sagt dazu:

„It will be more useful for Turkey to act as part of a coalition in order to protect its interests in northern Iraq rather than taking unilateral action.“⁵

Dies bestätigt offenbar die Sorgen der Kurden. Die Kurden sind in dieser Zeit wohl beunruhigt. Sie lehnen jeglichen türkischen Einmarsch in Irakisch-Kurdistan strikt ab. Sie sehen darin eine ernsthafte Gefahr für ihre Gegenwart und Zukunft und können dies nicht tatenlos hinnehmen. Und sie haben – aufgrund der Erlebnisse der Vergangenheit – auch zu den USA kein absolutes Vertrauen.

Am 7. Dezember besucht eine Delegation des amerikanischen *Senate Foreign Relations Committee* Arbil. Auf einer Sitzung des Regionalparlaments betont der Vorsitzende des Komitees, Senator Joseph R. Biden Jr. (Demokrat) die Fortsetzung der amerikanischen Unterstützung für die Kurden in Irakisch-Kurdistan. Und im Hinweis auf einen alten kurdischen Spruch, welcher besagt: „*die Kurden haben keine Freunde außer den Bergen*“, sagt Senator Biden: „*the mountains are not your only friends*“.⁶

In seiner Rede auf der Konferenz der irakischen Opposition zwischen dem 14. und 17. Dezember 2002 in London befürchtet der unabhängige kurdische Politiker im Exil Mahmud Uthman, dass die USA in einem Zusammengehen mit der Türkei die Kurden wieder nach bloßen Versprechungen (wie in den Jahren 1975 und 1991) in der Mitte des Wegs im Stich lassen.⁷

¹ Karim, N., 2002 [Vortrag].

² Vgl. die Äußerungen beider Minister in dieser Hinsicht in „*Asharq Al Awsat*“ vom 08. Januar 2003.

³ *AZZAMAN* vom 24.02.03.

⁴ ebd.

⁵ Zitiert nach AFP (5.12.02) / Internet: <http://www.kdp.pp.se> am 14.12.2002

⁶ Internet, <http://www.puk.org> am 10.12.02.

⁷ „*Asharq Al Awsat*“ vom 16.12.2002.

Nicht nur Kurden, auch andere politische Beobachter und Autoren sind in dieser Hinsicht sehr skeptisch.

In diesem Zusammenhang schrieb Jürgen Roth schon vor 25 Jahren:

„Nicht der Freiheitskampf der Kurden interessiert die Großmächte, sondern einzig und alleine das Öl.“¹

Nach Auffassung von Christian Scherrer erkennen die USA die Souveränität Iraks in Irakisch-Kurdistan seit der Errichtung der Schutzzone nicht mehr an, nicht aus Sympathie für die kurdische Sache, sondern im Rahmen der Bestrafung des Regimes von Saddam Hussein.²

Die Schutzzone und -maßnahmen sind wohl von immenser Bedeutung – überlebenswichtig, sie können aber eine dringende (permanente) politische Lösung des Konflikts keinesfalls darstellen oder ersetzen. Außerdem können die Schutzzone und -maßnahmen nicht für eine unbestimmte Zeit – ewig – andauern. Dazu schrieb Helena Cook:

„While the international community certainly has an obligation not to abandon the area, it is equally clear that the present measures of protection are not by themselves sufficient nor can they be prolonged indefinitely. They are integrally linked – in practice if not necessarily formally – to the conditions imposed by Resolution 687 (1991) and to the imposition of sanctions against Iraq. As and when these are modified or lifted and relations with Iraq begin to normalise, pressure to remove the special protection measures in the north will inevitably mount.“³

Das kurdische Volk oder die Bevölkerung der Region ist sich dieses unsicheren und nicht dauerhaften Status bewusst und lebt daher in ständiger Sorge. Die internationale Staatengemeinschaft – insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika – sind aufgefordert, eine klare Linie für eine konkrete Unterstützung einzunehmen. Die bisherige „Lavierungspolitik“, so wenig Unterstützung wie möglich – so viel, um die regionale Stabilität der geostrategischen wichtigen Region in und um die Türkei zu gewährleisten, hat mittelfristig keine Zukunft.⁴

Auf der Londoner Konferenz der irakischen Opposition werden die Anstrengungen der Kurden jedenfalls – theoretisch – von einem großen Erfolg gekrönt, als in der Schlusserklärung der Konferenz Demokratie und Föderalismus in einem künftigen Irak beschlossen und verkündet werden.⁵

Anfang Februar 2003 beschließen die Führungen der KDP und PUK, dass beide Parteien wieder in der ganzen selbstverwalteten Region Kurdistans legalisiert werden. Am 12. Februar wird zunächst das Hauptquartier des dritten (Zentrums) „Melbend“ der PUK in Arbil und dann am 15. Februar das Hauptquartier des vierten (Zweigs) „Liq“ der KDP in Sulaimaniya geöffnet. Mit diesem Schritt gewinnt die Bevölkerung der Region endlich – nach über acht Jahren – ihre richtige politische Freiheit, die eine notwendige Bedingung der politischen Eintracht und der Wiedervereinigung beider Teile der Schutzzone und ihrer Verwaltungen darstellt, wieder.

Zu dieser Zeit stimmt Ankara einem begrenzten Durchmarsch von US-Truppen nach Nordirak zu – falls es zum Krieg gegen den Irak kommen würde.

„Die Türkei wird in einem solchen Krieg weder für Saddam noch für Bush kämpfen, sondern nur für sich selbst“, erklärt der Chef der türkischen Regierungspartei AKP, Recep Tayyip Erdogan. *„Für jeden US-Soldaten im Nordirak würden dort zwei türkische Soldaten einmarschieren“* kündigt die türkische Regierung an.⁶

Dies bestätigt die Befürchtungen und den Grund der ablehnenden Haltung der Kurden gegenüber jeglicher türkischen Teilnahme an dem drohenden Krieg gegen den Irak. Die Türkei will

¹ Roth, 1978, S.318.

² Scherrer, 1997, S.258.

³ Cook, 1995, S.156.

⁴ Smutek-Riemer, 1996, S.136.

⁵ „Birayeti“ vom 18.12.2002.

⁶ „Der Tagesspiegel“ vom 14. Februar 2003.

anscheinend den Krieg dazu ausnutzen, Irakisch-Kurdistan zu besetzen bzw. die Errungenschaften der Kurden dort zu vernichten.

Die Kurden in der Schutzzone befürchten nun im Falle des Krieges zwischen zwei Fronten zu geraten. Sie haben große Angst vor dem drohenden Krieg. Einerseits befürchten sie die Reaktion Saddam Husseins gegen sie mit chemischen oder sogar biologischen Waffen, falls er sein Ende spüren würde. Andererseits machen sie sich große Sorgen wegen der Absichten und Vorbereitungen der Türken auf den Einmarsch nach Irakisch-Kurdistan und deren – eventuellen geheimen – Vereinbarungen mit den Amerikanern diesbezüglich. Die Situation der Bevölkerung in der selbstverwalteten Region Kurdistans ist jetzt (Ende Februar 2003) fatal. Anscheinend wollen die Amerikaner, dass die Kurden an ihrer Seite in den Krieg gegen Saddam Hussein ziehen und dabei den Einsatz von C- oder sogar B-Waffen gegen die Zivilbevölkerung in Arbil und Sulaimaniya bzw. in der Schutzzone riskieren.

Sollten sie aber auch einer türkischen Invasion – unter dem Deckmantel eines gemeinsamen Einmarsches mit amerikanischen Truppen – bzw. der Besetzung ihrer Heimat von den Türken zustimmen, sich der türkischen Besatzungsmacht unterwerfen und all ihre erkämpften Errungenschaften aufs Spiel setzen, wie der arabische Fernsehsender *al Jazeera* nun behauptet?¹ Offenbar arbeitet die Regionalmacht Türkei jetzt an einer Abmachung mit den USA (im Falle eines neuen Krieges gegen den Irak) gegen das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes im Irak, d.h. gegen irgendeine gerechte politische Lösung der kurdischen Frage in Irakisch-Kurdistan.

Macht die Bush-Administration aber mit? Kann sie dies überhaupt tun? Ohne eine aktive Teilnahme der Kurden im Falle des Krieges gegen das Regime von Saddam Hussein kann die USA sicher keine wirksame Nordfront in Irakisch-Kurdistan bzw. in der Schutzzone öffnen. Und die Kurden werden sich einem solchen Todesurteil zweifellos widersetzen. Dies betont die politische Führung der Kurden in der Schutzzone nachdrücklich: „*Wir werden uns gegen einen türkischen Einmarsch mit allen Mitteln wehren*“, sagt der Außensprecher der KDP (Hoshyar Zebari) auf einer Pressekonferenz am 23. Februar in Arbil.²

Eine türkische Militärintervention gegen die Kurden (in Irakisch-Kurdistan) würde wohl zu einem türkisch-kurdischen Krieg – in einem eventuellen amerikanischen oder alliierten Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein im Irak – führen. Dies könnte den Amerikanern oder Alliierten politisch sowie militärisch große Schwierigkeiten bereiten.

Auf der nächsten Konferenz der irakischen Opposition (zwischen 26. Februar und 1. März 2003) in Salahaddin (bei Arbil) lehnen alle Parteien – außer der „Turkmenischen Front“ (TF) – jegliche regionale Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iraks bzw. jede türkische militärische Invasion nach Irakisch-Kurdistan während eines eventuellen Krieges gegen den Irak oder danach ab. Auch Vertreter zweier turkmenischer Organisationen (Walid Sharika von der PTG und Abbas al-Bayati von der ITM) lehnen dies strikt ab; lediglich der Vertreter der TF (San'an Qassab) heißt dieses Vorhaben der Türkei als „*eine Art Kooperation*“ gut.

Als Reaktion auf diese ablehnende Haltung der irakischen Opposition riegelt die Türkei offensichtlich an diesem Tag den Grenzübergang Khabur ab und hindert dadurch zahlreiche türkische und ausländische Journalisten Irakisch-Kurdistan oder den Konferenzort (Salahaddin) zu erreichen. Und die Krise zwischen den Türken und den Kurden verschärft sich.³

Am 3. März demonstrieren ca. 500.000 Menschen in Arbil gegen die „aggressiven Absichten“ und die drohende Invasion der Türkei. Am gleichen Tag gründen die beiden großen Parteien KDP und PUK eine gemeinsame Führung, dadurch geht der Einigungsprozess einen weiteren Schritt voran.

¹ al Jazeera News, Internet: <http://www.aljazeera.net> (24.02.03).

² Pressekonferenz von Zebari über Kurdistan-TV am 23.02.2003.

³ „*Asharq Al Awsat*“ vom 28. Februar 2003.

Die UNO und die westlichen Alliierten haben bisher die irakischen Kurden – durch Resolution 688 bzw. die Errichtung der Schutzzone für sie und durch ihre humanitäre Hilfe – vor der Unterdrückung (Verfolgung und Vertreibung) durch das irakische Baath-Regime geschützt, sie müssen die Bevölkerung der Schutzzone nun aber auch vor einer eventuellen Invasion bzw. Aggression der Türkei schützen. Die britische Völkerrechtlerin Helena Cook stellte die gefährliche Lage der irakischen Kurden in der „Schutzzone“ schon vor acht Jahren fest und machte die UNO bzw. die internationale Gemeinschaft auf ihre Verantwortung in dieser Hinsicht aufmerksam. Sie schrieb:

[...] The International community is at a cross-road in terms of the future prospects for Iraqi Kurdistan. It cannot simply abdicate its responsibilities towards the Kurds but must address the consequences of the situation, which has been brought about by the international intervention in 1991.

[...] It is imperative that the UN should step into this confused and highly insecure situation. In many respects the Kurds are at greater risk than ever before. The role of the UN should be to facilitate and advance a process of negotiation and settlement within which the Kurds themselves can decide their own future and which secures their physical protection and respect for human rights.

[...] The UN should immediately move to designate Iraqi Kurdistan a territory under UN jurisdiction until a secure and durable political settlement is achieved. This will confer on Iraqi Kurdistan internationally-recognised legal status, which should be guaranteed by international protection of the area to be mandated and provided by the UN. [...] The aim should be to achieve a settlement that respects the wishes of the Kurds; guarantees their physical safety; protects their rights and enables them to develop their distinct identity as a people, and will be honoured and guaranteed by the present and future governments in Iraq as well as by the other regional powers and by the international community at large“¹

Eigentlich könnte der Sicherheitsrat der UNO die irakische Regierung durch die Verwirklichung der Resolution 688 – besonders nach der Annahme der Resolution 1441 im November 2002 – zur Durchführung freier demokratischer Wahlen unter ihrer Schirmherrschaft bewegen und damit fast alle Hauptprobleme Iraks lösen; die UNO hat schon demokratische Wahlen in Nicaragua, Kambodscha, Angola, El Salvador und Südafrika erfolgreich beaufsichtigt.²

Der Kampf der Kurden für ihre nationalen Rechte bzw. Selbständigkeit ist, nach Ansicht vieler Nahostexperten, eine schwierige Angelegenheit und kann ohne internationale Solidarität oder Intervention nicht erfolgreich sein.³

Es ist eine moralische und politische Pflicht der „Schutzmächte“ die Bevölkerung in Irakisch-Kurdistan diesmal nicht im Stich zu lassen und das kurdische Volk nicht ein weiteres Mal am Altar des Erdöls und um eines Partners Willen zu opfern. Sie sollten eigentlich – auch in ihrem Interesse – das Unrecht der Vergangenheit wiedergutmachen und sie müssen die UN-Resolution 688 respektieren und richtig durchsetzen.

Die westlichen Alliierten, welche die Resolution 688 initiiert und die Schutzzone errichtet haben, tragen eine gewisse Verantwortung der Bevölkerung der Schutzzone bzw. dem kurdischen Volk im Irak gegenüber. Tatsächlich ist die gesamte internationale Gemeinschaft gemäß der UN-Resolution 688 zum Schutz der Kurden in Irakisch-Kurdistan auch vor einer eventuellen türkischen Invasion oder zur Verhinderung eines weiteren Massenmordes an Kurden und einer weiteren Massenflucht der Kurden, die den Weltfrieden und die Sicherheit der Region viel mehr bedrohen könnte, völkerrechtlich verpflichtet.

¹ Cook, 1995, S.156 -171.

² Ihsan, 2001, S.66.

³ I. Sharif, 1991, S.15.

Die USA, Großbritannien und Spanien gewähren Saddam Hussein am 18. März eine Frist von 48 Stunden, um zurückzutreten bzw. den Irak zu verlassen, falls er die Konfrontation und den Krieg vermeiden will. Einen Tag danach ruft das Regionalparlament Kurdistans den Ausnahmezustand in der selbstverwalteten Region aus.¹

Die Kurden sind jetzt in eine äußerst kritische bzw. gefährliche Lage geraten und sie sind sehr beunruhigt. Einerseits hat die irakische Regierung vor ein paar Tagen gedroht, unmittelbar vor dem Ausbruch eines eventuellen amerikanischen Angriffs die Städte Arbil, Duhok und Sulaimaniya angreifen zu wollen und sie hat damit begonnen, ihre militärischen Stellungen an den Demarkationslinien mit der kurdisch selbstverwalteten Region zu verstärken. Andererseits hat die türkische Regierung ihre Truppen – über Hunderttausend Soldaten – um diese Zeit zur Grenze mit der Region gezogen und sie hat damit begonnen, offen von einer militärischen Intervention in Nordirak zu sprechen und geheime Gespräche hinter den Kulissen mit den USA in dieser Hinsicht zu führen, nämlich über ihre Bedingungen zur Teilnahme an einem eventuellen Krieg – über die Kontrolle der kurdischen Region im Nordirak und die Entwaffnung der kurdischen Kräfte (Widerstandskämpfer) dort.

Dass zusammen mit den Amerikanern auch die Türken kommen könnten, macht den Kurden mehr Angst und bereitet ihnen mehr Sorgen als jeglicher Angriff des irakischen Baath-Regimes (mit konventionellen Waffen). Nun bereiten sich die Kurden in der selbstverwalteten Region Kurdistans (Zivilisten und Peshmergas) auf einen Zweifrontenkrieg vor.²

Am 20. März 2003 bricht der dritte Golfkrieg gleich nach dem Ablauf des Ultimatums aus. Unmittelbar danach wird die „*Operation Northern Watch*“ von dem türkischen Luftstützpunkt (Incirlik) aus – von den USA und Großbritannien – offiziell beendet.

Am 09. April 2003 erobern die amerikanischen Truppen die Hauptstadt Bagdad ohne nennenswerten Widerstand. An diesem Tag wird das Denkmal des Diktators Saddam Hussein im Zentrum der irakischen Hauptstadt sowie das totalitäre Baath-Regime im ganzen Lande gestürzt. Die unterdrückten Menschen im Irak (vor allen die Kurden und die Schiiten) jubeln vor Freude, aber viele Anhänger bzw. Handlanger des Regimes und ihre Schlüsselfiguren (in der Baath-Partei, in den „Republikanischen Garden“ und in den Geheimdienstapparaten) flüchten in das sunnitisch-arabische Gebiet bzw. Dreieck (Baquba – Rammadi – Mosul).

2. Die ökonomische und soziale Lage

Der zweite Golfkrieg und die internationalen Sanktionen haben einen Transformationsprozess der Gesellschaft im ganzen Irak beschleunigt, dessen Ergebnisse eine ruinierte Wirtschaft und Massenarmut in allen Teilen des Landes sind; die Lage in den von der Baath-Regierung kontrollierten Gebieten ist aber offensichtlich viel schlimmer als in der Schutzzone bzw. selbstverwalteten Region Kurdistans.³

Zusätzlich zu den negativen Auswirkungen der internationalen Wirtschaftssanktionen führt die Wirtschaftsblockade der irakischen Regierung gegen die Region (seit Oktober 1991) öfters zu schweren Versorgungsengpässen, besonders an Brenn- und Treibstoffen, von denen die regionale Ökonomie abhängig ist.⁴

Die UNO leistet durch das sogenannte „*Oil for Food and Medicine Programme*“ entsprechend der UN-Resolution 986 (1985) – seit 1997 – mit 13% der irakischen Öleinnahmen der Region

¹ Internet, <http://www.kdp.pp.se> (21.03.03)

² vgl. „Der Spiegel“, Nr.12 / 17. März 2003, S.126.

³ Vgl. Offeringer und Bäcker, 1995, S.35.

⁴ Für mehr Details darüber vgl. Graham-Brown, 1995a und Habib, 1995.

bzw. deren Bevölkerung eine große Hilfe, sie hat damit die Region am Leben erhalten – trotz der Mängel bei der Ausführung des Programms.¹

Anders als die NGOs liefert die UNO ihre humanitäre Hilfe und den Anteil der Region vom „Öl gegen Lebensmittel-Programm“ weiterhin via Irak. Vom Anteil der Region an Medikamenten erreicht sie seit Jahren jedoch nur noch 28%², der Medikamentenmangel ist deshalb in (Krankenhäusern und Apotheken der Region) merkbar.

Die Sterblichkeitsrate der Kinder und der Stand der Unterernährung sind dennoch in dieser Region viel niedriger als in den von der Zentralregierung kontrollierten Gebieten, und der Gesundheitsstand ist generell besser als in den anderen Regionen Iraks. Das Gesundheitswesen hat sich im Allgemeinen entwickelt und ist gut koordiniert. In dem vergangenen Jahrzehnt haben aber zahlreiche Menschen in der Region – darunter viele Kinder – durch Minen Glieder oder Organe verloren.

Die Lebensmittellieferung wird weiter über das „*World Food Programme*“ (WFP) der UNO abgewickelt. Der Weizen- oder Getreideertrag der Region von schätzungsweise 350.000 Tonnen kann den Bedarf der Region an Mehl und Saatgut decken. Anstatt Getreide in Kurdistan aufzukaufen und es im Rahmen des Lebensmittelhilfsprogramms dann wieder zu verteilen, wird Weizen jedoch generell im Ausland eingekauft und über Bagdad oder Mosul nach Kurdistan – als Mehl und Saatgut – geliefert. Und das WFP lehnt es ab, die Strukturen der „lokalen Autoritäten“ bzw. der kurdischen Selbstverwaltungen dabei zu nutzen.³

Mehrere UN-Organisationen – vor allen UNDP (*UN Department for Development Support & Management*) und UNCHS (*UN Centre for Human Settlements – Habitat*) sowie zahlreiche NGOs, besonders MAG (*Mines Advisory Group*) und SCF (*Save the Children*) nehmen an dem „humanitären Hilfsprogramm“ und Wiederaufbau und an der Instandsetzung der Infrastruktur bzw. dem „integrierten Rehabilitierungsprogramm“ in der Region weiter teil.

Die internationale Gemeinschaft stellt der Region die humanitäre Hilfe allerdings zögerlich zur Verfügung und schreckt vor jeglicher Entwicklungshilfe (für Langzeit-Projekte oder zur ernsthaften Verbesserung der Infrastruktur), die politische Konsequenzen haben könnten, zurück. Auch deswegen ist die Region – nach wie vor – von ausländischer Hilfe und von Geldsendungen – Devisen – von Exilkurden bzw. Verwandten im Ausland abhängig.⁴

Zu den halbherzigen internationalen Hilfsmaßnahmen schreiben Offeringer und Bäcker:

„Selbst wenn man sie im Rahmen ihrer Zielsetzung der Wiederherstellung der dörflichen und manufakturrellen Ökonomie betrachtet, besiegeln sie die Abhängigkeit Kurdistans [...]. Kurdistan wird auf dem alliiert herbeigebombten vorindustriellen Niveau gehalten: durch die Förderung von traditionellem Baustil, Handarbeits- und Handwerkstechniken, die denen des 17. Jahrhunderts entsprechen.“⁵

Der Industriesektor in der selbstverwalteten Region war und ist weiter schwach – trotz einer kleinen Entwicklung während des Wiederaufbaus. Die Region hat nur ein paar Fabriken: Eine Zementfabrik und eine Zigarettenfabrik in Sulaimaniya; eine Zigarettenfabrik und eine mittelgroße Stofffabrik, zwei Teppichfabriken und eine Marmorfabrik in Arbil (Hewlér); eine Tomatenfabrik und eine Textilfabrik in Duhok. Außerdem gibt es in Arbil eine große Hühnerfarm, die den Bedarf der Region decken könnte.⁶

¹ Gemäß der UN-Resolution 986 darf der Irak innerhalb von sechs Monaten Erdöl im Gegenwert von zwei Milliarden US-Dollar exportieren. Von den Erlösen sind 70% für den Kauf von Nahrungsmitteln und Medikamenten zu verwenden – 57% für die von der Baath-Regierung kontrollierten Gebiete und 13% für die von den Kurden kontrollierte Region. Die verbliebenen 30% sind einem Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsfond (bei der UNO) zuzuführen, Smutek-Riemer, 1996, S.50.

² „*Birayeti*“ vom 30. Mai 2002.

³ Vgl. Schmidt, 1994, S.201-203.

⁴ Vgl. Leezenberg, 1997, S.46.

⁵ Offeringer und Bäcker, 1995, S.38.

⁶ Celik, 1994, S.118.

Große Gebiete und landwirtschaftliche Nutzflächen in der Region sind noch vermint und nicht nutzbar für die Landwirtschaft, dennoch besteht mittlerweile ein Überschuss an vielen landwirtschaftlichen Produkten über den eigentlichen Bedarf der Region hinaus, insbesondere Getreide, Obst und Gemüse; die Produkte können aber nicht mehr nach Mittel- und Südirak transportiert und verkauft werden, der Überschuss kann auch kaum legal ins Ausland exportiert werden.¹

Trotz der Blockade ist die Frontlinie zwischen der Region und den von dem Regime kontrollierten Gebieten nirgends hermetisch abgeriegelt worden. Unterschiedliche Formen des illegalen oder halblegalen Handels werden bis Ende 2001 fortgesetzt und gedeihen: Besonders der Transit vom Rohöl und Ölprodukten in die Türkei und der Schmuggel von Luxusgütern wie Zigaretten, Alkohol und Tee boomen seit Anfang der Blockade, ob über die Demarkationslinie oder über die iranische oder türkische oder syrische Grenze, vor allem im von der KDP kontrollierten Gebiet, welches im Drei-Länder-Eck liegt.²

Das Verkehrsnetz war früher zu schlecht. Dies ist inzwischen besser geworden; viele Straßen und Brücken sind neu oder ausgebaut worden. Schienenverbindungen in der Region gibt es aber weiterhin nicht.

Das Telekommunikationssystem war während des zweiten Golfkrieges total zerstört worden, mittlerweile existiert immerhin ein funktionsfähiges – beschränktes – System, Auslandsverbindungen laufen nur über einige einheimische Unternehmen sowie – seit Ende 2002 – über ein internationales Mobile-System. Die UNO bzw. UNDP hat sich weder im Bereich der Elektrizität noch im Bereich der Telekommunikation richtig engagiert – damit die Infrastruktur der Region nicht richtig wiederaufgebaut oder die Region nicht völlig unabhängig wird.

Überdies versuchen die Nachbarländer bzw. „Teilungsstaaten von Kurdistan“ ständig und mit verschiedenen Methoden die Schutzzone auch unter wirtschaftlichen Druck zu setzen, um die politische sowie ökonomische Entwicklung in der Region zu verhindern,³ obwohl sie alle taktische politische und begrenzte wirtschaftliche Beziehungen zu ihr unterhalten.⁴ Auch die „eigene Währung“ (der irakische Original-Dinar / Schweizer Druck) wird im Handel mit den Nachbarländern – jedoch nicht mit Restirak – verwendet. Ähnlich wie die Iraner zahlen die Iraker auch mit Schecks, die nur im Irak oder Iran und nicht in Kurdistan (Schutzzone) zu verwenden sind.⁵

In den beiden Teilen der Region konnte das Finanzsystem seit 1998 trotz Knappheit der Ressourcen und offensichtlicher Veruntreuung der Gelder in den Verwaltungen – wegen der schwachen Aufsicht und Rechenschaft – einigermaßen organisiert werden. Aber es gibt kein ordentliches Steuer- bzw. Abgabensystem. Die Wirtschaftsakteure könnten sich zudem in Richtung einer Rationalisierung der Wirtschaftskreisläufe bewegen, um Profit zu ziehen ohne die Bürger – durch Erhebung erfundener Abgaben und Gebühren oder erhöhte Preise – zu überlasten.⁶

Auch die sogenannte „Turkmenische Front (TF)“ (eine auf Initiative der Türkei und durch ihre Unterstützung gegründete turkmenische Organisation)⁷ kassiert seit Jahren Transitvisumgebühren (zwischen 300 und 600 Dollar pro Visum) von Immigranten bzw.

¹ Vgl. Habib, 1995, S.17-22.

² Vgl. Leezenberg, 1997, S.62.

³ Die Türkei übt seit Anfang 2002 einen großen wirtschaftlichen Druck auf die Region aus, indem sie den Grenzübergang Khabur fast dicht macht, um die irakischen Kurden bzw. die KDP in die Knie zu zwingen.

⁴ Vgl. Leezenberg, 1997, S.45.

⁵ Bozarslan, 1997, S.88.

⁶ Vgl. Bozarslan, 1997, S.199.

⁷ Interview mit Abdulla Pishdari im Frühling 2002 in Berlin; er war – mit anderen Akademikern, die in der Türkei studiert hatten – von Vertretern der Türkei zum ersten Treffen zur Gründung dieser Organisation in Arbil unmittelbar nach der Errichtung der Schutzzone eingeladen.

Auswanderern über die Türkei am Grenzübergang Ibrahim Khalil – mit Billigung der türkischen Behörden drüben (in Khabur).

Das von der KDP kontrollierte Gebiet leidet bis jetzt am stärksten unter dem Problem der Stromversorgung – es ist weiter auf Stromanlagen in der Provinz Mosul sowie Sulaimaniya angewiesen; in dem von der PUK kontrollierten Gebiet liegen große Elektrizitätswerke an zwei Staudämmen (Dukan und Derbendikhan), deshalb ist dieses Gebiet nicht so stark von diesem Problem betroffen.

Die Kurden – besonders in dem von der KDP kontrollierten Gebiet – müssen weiter Brenn- und Treibstoff gegen US-Dollar in Kirkuk und Mosul kaufen; im von der PUK kontrollierten Gebiet wird eine begrenzte Menge vom Erdöl gefördert und (durch eine kleine Raffinerie in Sulaimaniya) verarbeitet.

Im Bausektor am Schnittpunkt zwischen öffentlicher Verwaltung und privaten Kontraktoren kommt häufig Korruption oder Bevorzugung von Günstlingen (Begünstigung von Verwandten oder Geschäftspartnern) vor.¹

Die Arbeitslosigkeit ist weiter hoch. Die Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter sind im allgemeinen niedrig; einige Bürger müssen zwei Drittel oder drei Viertel ihrer Gehälter bzw. Löhne für die Miete ausgeben. Der durchschnittliche Monatslohn eines Arbeiters oder Beamten beträgt zur Zeit (Januar 2003) 400 Dinar, das sind umgerechnet 40 US-Dollar. Die durchschnittliche Miete einer Zweizimmerwohnung ist zur Zeit 300 Dinar, das sind umgerechnet 30 US-Dollar.

Viele schulpflichtige Jugendliche bzw. Kinder müssen daher arbeiten – um der Familie zu helfen, statt zur Schule zu gehen.

Auch die Inflation ist noch hoch, 1 US-Dollar ist umgerechnet 10 Dinar; jedoch ist die Inflationsrate viel niedriger als im Restirak, der Umtauschkurs gegen die „neue irakische Währung“ ist zur Zeit 1:200, die „kurdische Währung“ (die alte irakische Banknote) ist also zweihundertfach stärker als die irakische Währung (die neue irakische Banknote).

Das soziale Elend an Rändern der Großstädte, besonders der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Kirkuk und Germiyan, ist weiter bedrückend.

Die Frauen sind von der nationalen und politischen Unterdrückung befreit. Viele Frauen leiden zwar noch unter der sozialen Unterdrückung, die Situation der Frauen in der Region ist allerdings – in allen Lebensbereichen – besser als im Restirak und in den Nachbarstaaten; zudem hat das Regionalparlament letztes Jahr mehrere Reformgesetze in Bezug auf die Rechte der Frauen bzw. zur Beseitigung gewisser Unterdrückung oder Benachteiligung der Frauen – durch bislang gültige irakische Gesetze – verabschiedet.

Die Emigration der Menschen, besonders von jungen Männern, ins Ausland, hält – wegen verschiedener Ursachen – weiter an.

Die kurdische Selbstverwaltung ist Anfang 2003 (in beiden Teilen) in größere finanziellen Schwierigkeiten geraten und sie ist nicht in der Lage gewesen, die Gehälter und Löhne der Beamten und Angestellten für die Monate Februar und März zu zahlen.²

Einen Tag vor dem Ausbruch des dritten Golfkrieges (also am 19. März 2003) wird zudem das UN-Hilfsprogramm „Öl für Lebensmittel und Medikamente“ von dem UN-Generalsekretär Kofi Anan – vorübergehend – beendet bzw. unterbrochen; das (ausländische) UN-Personal muss den Irak verlassen.

¹ Vgl. Offeringer und Bäcker, 1995, S.38.

² Ein Teil dieser Gehälter wird später gezahlt.

3. Die kulturelle Lage

Die größte Entwicklung in der selbstverwalteten Region Kurdistans hat eigentlich im Bereich der Kultur bzw. Bildung stattgefunden. Eine der bedeutendsten kulturellen Errungenschaften der gesamten Bevölkerung in der Region ist der Schulunterricht in der Muttersprache. Außer den Kurden werden auch die Kinder der nationalen Minderheiten in der Region (Turkmenen, Assyrer, Chaldäer und in der letzten Zeit auch Armenier) in ihren Muttersprachen (Turkmenisch bzw. Syriaisch oder Armenisch) unterrichtet. Die meisten Schulbücher werden jedoch über die UNESCO von Bagdad aus geliefert; sie enthalten deshalb vor allem das Porträt des Diktators (Saddam Hussein) auf der ersten Seite (wie üblich im Irak) und spiegeln natürlich seiner Bildungspolitik wider. Arabisch und Kurdisch sind Pflichtfächer in allen Schulen der Region. In beiden Bildungsministerien der Region befinden sich Direktionen für turkmenische und syriaische Schulen. Außerdem werden in den Schulen, in denen christliche oder Êzdische (yezidische)¹ Schüler und Schülerinnen lernen (in den Gebieten, wo sie ansässig sind), im Fach Religion über das Christentum oder Yezidentum (Christenlehre oder Êzdiyati) unterrichtet.

Eine andere wichtige Errungenschaft im Bereich der Bildung ist die Entwicklung der Hochschulen. Die Universität Salahaddin in Arbil war 1991 die einzige in der Region. Inzwischen wurden zwei weitere Universitäten in Sulaimaniya und Duhok sowie mehrere Fachhochschulen in verschiedenen Städten der Region gegründet.

Alle Nationalitäten in der Region haben mittlerweile ihre eigenen Kultur- und Sportclubs, Verlage, lokale Fernseh- bzw. Radiosender, Zeitschriften und Zeitungen. Hunderte von Büchern und Publikationen sind in dieser Zeit in beiden Teilen der Region in unterschiedlichen Sprachen veröffentlicht worden.

In der Region befinden sich auch zwei Satellitenfernsehsender: *Kurdistan TV* (KDP) in Salahaddin und *Kurdsat* (PUK) in Sulaimaniya, die Programme und Nachrichten in verschiedenen Sprachen in alle Welt ausstrahlen.

In den von der irakischen Baath-Regierung kontrollierten Gebieten werden weder die turkmenische noch die assyrische Nationalität offiziell anerkannt, sie – und die kurdischen Êzdis (Yezidis) – werden als Araber registriert. Der Schulunterricht dort wird nur in arabischer Sprache erteilt (alle kurdischen Schulen wurden mittlerweile in den kurdischen Gebieten, die noch von der Baath-Regierung kontrolliert werden, abgeschafft).

Die nationalen Minderheiten dort dürfen auch keine eigenen kulturellen Institutionen haben und keine eigenen Zeitungen oder Bücher (in ihren Sprachen) herausgeben bzw. veröffentlichen.

Eine wichtige Aufgabe bzw. Pflicht in diesem Bereich konnten die Kurden in der selbstverwalteten Region Kurdistans jedoch in dieser Zeit nicht bewältigen. Bei den Nationalbewegungen ist das Augenmerk besonders auf die Frage der Sprache, der Sprachpflege, der Sprachwissenschaft und der Sprachvereinheitlichung zu richten, da die Sprache als zentrales Kommunikationsmittel und zugleich wichtiges (potentiales) nationales Symbol historisch eine sehr bedeutende Rolle bei der Entstehung des Nationalismus und der Nationenbildung spielt.² Wegen der Zwietracht konnten die Kurden in der selbstverwalteten Region das bedeutendste Ziel in diesem Bereich während zwölf Jahren Quasi-Unabhängigkeit nicht erreichen; mit anderen Worten haben die beiden kurdischen Selbstverwaltungen die Schaffung der vereinheitlichten kurdischen Schriftsprache bzw. des Hochkurdisch – der allgemein verbindlichen kurdischen Sprache – bis jetzt nicht geschafft. Im Schulunterricht, in den Medien und in der Presse werden weiter zwei Dialekte (Sorani und Badinani) verwendet. Eine

¹ Êzdiyati ist eine alte kurdische Religion. Die Êzdis, die ausländische Autoren oder Journalisten *Yezidis* bzw. *Yeziden* nennen, leben in drei Teilen Kurdistans und in der Diaspora. Ihre heiligste Stätte (Lalish) befindet sich in Irakisch-Kurdistan, für mehr Details über diese Religion und andere religiöse Gemeinschaften in Kurdistan, besonders die Yarsans – die auch als Kakeyi oder Ahli –i-Haq oder Aliullahi bekannt sind - und Aleviten, siehe Izadi, 1992, S.131 – 166.

² Vgl. Bruckmüller, 1994, S.13.

Standardsprache bzw. eine einheitliche Schriftsprache kann nur von einem kompetenten Sprachinstitut unter günstigen Voraussetzungen geschaffen werden.